

Potsdam, 22.2.23

Top 10

## **Gesetz zur Änderung lehrerbildungsrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [7/7064](#)

### **Rede der bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg**

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Die Situation ist allen bekannt und sie ist dramatisch.

In den nächsten Jahren werden wir nicht in der Lage sein jährlich 1800 Stellen mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Das ist Fakt. Dem müssen wir uns stellen. Ohne Seiteneinsteiger\*innen (SE) in unseren Schulen läuft nichts mehr. Tendenz steigend.

Im Moment beschäftigen wir ca. 6500 SE im System Schule.

Davon sind ca. 4000 unbefristet eingestellt, 2500 befristet. Sie ersetzen an den Schulen voll ausgebildete Kolleginnen und Kollegen. Ohne sie können die Stundentafeln nicht mehr abgesichert werden. Sie leisten die gleiche Arbeit.

Deren Verteilung im System spricht auch Bände: an Grundschulen (GS), Oberschulen (OS): 20%, an Förderschulen, Gemeinsames Lernen (GL): 33%, Gymnasien: 2,3%.

Rechnen wir die befristet Eingestellten hinzu (die noch nicht mal eine Grundqualifizierung bekommen), sind die Zahlen viel höher. Dann kommen wir z.B. an GS auf einen SE Anteil von 30%. Das sind Landes- Durchschnittswerte. Der Anteil in den Regionen weit weg von Potsdam ist dann eben noch viel viel höher. Schulen mit 40-50% SE sind keine Seltenheit.

Ca. 2200 unter ihnen sind ohne Hochschulabschluss (also mit einer Berufsausbildung wie Friseur, Bäckermeister oder KFZ-Mechatroniker) schon unbefristet eingestellt. Sie arbeiten also schon an den Schulen. Und diese Gruppe wird immer größer. Wir müssen davon ausgehen, dass bei den Neueinstellungen für das nächste Schuljahr ca. die Hälfte genau aus dieser Gruppe kommen wird. Diese Seiteneinsteiger haben eine päd. Grundqualifizierung absolviert, von der wir wissen: das ist das absolute Minimum, um halbwegs in der Schule überleben zu können. Mittlerweile lässt der

WIB e.V. auch Leute aus dieser Gruppe für einen Studiengang zu, obwohl sie gar nicht die Voraussetzungen haben. Denn sie wollen sich unbedingt qualifizieren. Allerdings bekommen sie aber am Ende dafür nichts!

Warum sage ich das?

Auch für diese Gruppe braucht es zukünftig eine Regelung, einen Anreiz für dringend notwendige Qualifizierungen. Das ist jedoch Zukunftsmusik.

Die heute zu debattierende Änderung des Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetzes betrifft dieses Kolleg\*innen gar nicht! So viel zum Thema Gerechtigkeit, Chancengleichheit für Lehrkräfte.

Die Lehrkräftesituation, die wir jetzt verzeichnen, wird sich in den nächsten 6-8 Jahren fortsetzen. Der Kampf um Personal zwischen den Bundesländern wird härter. Wir müssen den Aderlass nach Berlin zur Kenntnis nehmen. Söder ködert für Bayern mit Geld und Umzugshilfen.

Deshalb brauchen wir Anreize!

Anreize zur Gewinnung von Akademiker\*innen und Anreize zur Qualifizierung, um Unterricht im Grundsatz und ein Mindestmaß an Qualität gewährleisten zu können!

In BB gibt es bisher nur Möglichkeiten für Menschen mit einem Master, sich über den WIB e.V. zu qualifizieren. Diese gehen dann in den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst, bekommen das Lehramt, können verbeamtet werden oder die E13 bekommen.

Wen betrifft die vorliegende Regelung?

Sie zielt auf Menschen mit einem Bachelor, mit und ohne Fachbezug. Und sie soll sich vordergründig an Kolleg\*innen richten, die bereits unbefristet an den Schulen unterrichten. Wir sprechen von 500-800 Kolleg\*innen (die kleinste Gruppe von SE), die über diesen Weg die Chance bekommen- verbunden mit den entsprechenden Qualifizierungen- eine besondere Beamtenlaufbahn einzuschlagen. Ja, und die trifft dann nur für BB zu.

Werte Abgeordnete,

seitdem der Gesetzentwurf bekannt ist, gibt es aus verschiedenen Richtungen Kritik. Pädagog\*innenverbände und Professor\*innen der Universität Potsdam lehnen die Reform des Beamtenrechtes ab. Sie sind in Sorge: das Lehramtsstudium würde entwertet, insbesondere Studierende mit schmalen Geldbeutel würden früher in den Beruf drängen und damit ihre Entwicklungsmöglichkeiten einschränken. Das darf natürlich auf keinen Fall Ziel und / oder Ergebnis dieser Reform sein. Hier müssen wir Folgeabschätzungen treffen. Vor diesem Hintergrund ist eine intensive Befassung im Ausschuss unbedingt angezeigt, um offene Fragen zu klären und Unklarheiten auszuräumen.

Aber, ehrlich? In Teilen macht mich die Kritik auch sprachlos. Warum?

Die Uni Potsdam hat es trotz finanzieller Förderung nicht geschafft, bedarfsgerecht auszubilden. Die Abbruch-Quote ist hoch, nur 450 Absolventen verlassen jährlich die Uni. Studierende beschwerten sich über zu wenig Praxis, Methodik, Didaktik usw.

Statt einer sehr lauten Kritik an einer Reform, die versucht, Qualifizierungsanreize zu setzen, sollten wir besser ehrlich darüber diskutieren, wie wir das Lehramtsstudium an der Uni umgehend verbessern. Studierende dürfen überhaupt nicht auf die Idee kommen, ihr Studium vorzeitig abzubrechen, um zulasten ihrer zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten besser gleich an der Schule zu arbeiten und diesen besonderen Weg zu nutzen, der ihnen eben nicht die höhere Qualität der Ausbildung und nicht die höhere Beamtenlaufbahn eröffnet.

Im Grunde kompensiert das Land gerade die Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Wir zahlen doppelt: fürs Studium und für Nachqualifizierungen.

Es reicht nicht das Lehrerbildungsgesetz zu ändern. Es braucht eine Reform des Studiums, um es attraktiv, praxisgerecht und machbar zu gestalten.

Wir werden im Ausschuss sicher genau über diese Dinge reden. Ich freue mich drauf.